

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.
Wilsdruff, 10. November.

Vertreibung der Gemeindevorstände. Die Wahlen der Gemeindevorstände, die auf den 18. November anberaumt waren, sind auf Grund der in § 210 Absatz 6 der Gemeindeordnung dem Ministerium des Innern erteilten Ermächtigung auf den 13. Januar 1924 verlegt worden. Die politischen Verhältnisse, der Ausnahmezustand mit seinem bis in die letzten Tage dauernden Versammlungs- und Festungsverbot, Verhaftungen von bei der Gemeindevorwahlen führenden Persönlichkeiten, die alle Gedanken in Anspruch nehmenden Verhältnisse im Reich haben eine Lage geschaffen, bei der Gemeindevorwahlen ihre Aufgabe, eine Vertretung der Einwohner zu berufen, die auf Jahre hinaus die Geschicke der Gemeinde bestimmen soll, nicht erfüllen können. Die Verordnung des Ministeriums enthält die näheren Bestimmungen, wonach insbesondere die Wählerlisten behufs Berücksichtigung der inzwischen eintretenden Änderung neu ausgestellt werden sollen. Am dem Termin des Inkrafttretens der Gemeindeordnung wird nichts geändert.

„Sächsisches Volkspfer“ — Volk in Not! Wohl hat die Ruhe und Sicherheit dank der Maßnahmen der Reichsregierung im Lande langsam wieder Einkehr. Noch immer aber steht drohend und in ungeahnter Kürzbarkeit das Wespenst des Hungers und der Arbeitslosigkeit mit seinen verberlichen Folgen vor der Tür. Ich habe von vornherein darüber keinen Zweifel gelassen, daß diese Folgen mit Gewalt nicht zu beseitigen sind. Deshalb habe ich schon in meinem Aufruf vom 20. Oktober 1923 die Milderung der Ernährungsnotwendigkeiten als meine vornehmste Aufgabe bezeichnet. Es kam daraufhin dankenswerte Hilfe von vielen Seiten. Gemaltiger aber als alle die reichen Mittel war der Sturz der Mark. Die Not wuchs und wuchs, und sie wächst weiter. Von Tag zu Tag erhöht sich die Zahl der Erwerbslosen, und schon geht sie in die Hunderttausende. Derartig große Notstände konnten wohl nicht durch Maßnahmen im Rahmen der Staatsverwaltung behoben werden. So groß ist heute die Not des Volkes, daß sie nur noch aus der Volksgemeinschaft besichtigt werden kann. — Ich wende mich daher an das Volksganze. Die Erwerbs- und berufständlichen Kreise in Stadt und Land bitte ich dringend: Helft den Armen der Armen! Damit helft ihr Euch selbst, damit erhaltet ihr unser geliebtes Sachsenland. Mit den vereinten Kräften aller Stände und Schichten muß die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt werden. Damit werden die Ursachen der gegenwärtigen Not beseitigt. Gleichzeitig aber soll die schwierige Lage weiter Kreise des Volkes (Erwerbslose, Kleinrentner) durch meine Maßnahmen gelindert werden. Für beides ist Voraussetzung, daß die Ruhe und öffentliche Sicherheit und damit die Grundlage für wirtschaftliches und staatliches Gedeihen überhaupt wiederhergestellt und aufrecht erhalten wird. Schafft mir die Mittel, deren die Wohlfahrts-einrichtungen bedürfen, um ihre großen und täglich größer werdenden Aufgaben zu erfüllen. Ohne Geld keine Massenbeschäftigung! Ohne Geld keine Wärmestuben, keine Winterkleidung, wenn die Kälte eintritt! De mehr ich unterstützt werde in der Hilfe für die wirklich Hungernden und Frierenden, um so tatkräftiger kann ich mich gegen die wenden, die das Elend nur zum Vorwand ihres gefährlichen Treibens nehmen. Auch die kleinste Gabe ist willkommen. Wertbeständige Anlegung soll sie vor Entwertung schützen. Wer es aber kann, der gebe wertbeständige Mittel.

„Volk in Not!“ Der Ruf heißt nicht Profanen vom Ueberfluß, er fordert gebieterisch wirkliche Opfer praktischer Nächstenliebe. Darum geht reichlich. Doppelt gibt, wer sofort gibt. Die Mittel sollen in erster Linie in den Bezirken verwendet werden, die sie aufbringen. — Der Militärbehörden: Müller, Generalleutnant. — Diesen Aufruf unterstützen eine große Anzahl von Berufsvertretungen mit der Bitte, dem Militärbehörden die von ihm erbetenen Mittel recht reichlich zur Verfügung zu stellen. Zur Annahme von Spenden für das „Sächsische Volkspfer“ haben sich bereit erklärt: sämtliche den Bankver-tretungen angehörenden Bankhäuser mit ihren Zweigstellen, der Giroverband mit seinen Kassen, die Handels- und Gewerbe-kammer mit ihren örtlichen Vertretungen, der Landeskulturnrat, sowie der Landbund mit seinen örtlichen Vertretungen.

Verzögelter Sonntagsdienst (nur dringende Fälle) am 11. Nov.: Dr. Koch-Grumbach und Dr. Auerbach-Seeligstadt. Der geringwertigen Geldscheine werden immer mehr. Für 5, 10, 50 ja 100 Millionen bekommt man heute schon nichts mehr. Für den Einzelnen sind sie fast wertlos, aber in der Menge verrichten sie gute Dienste. Der hiesige Fechtverein sammelt die Scheine und verwendet sie im Dienste der Wohltätigkeit. Es wird gebeten, alle entbehrlichen Geldscheine bereitzuhalten; in den nächsten Tagen geben Mitglieder des Fechtvereins von Haus zu Haus.

Blühende Himbeerzweige wurden uns gestern gezeigt. Eine Erscheinung, die auf das milde Herbstwetter zurückzuführen ist. Gestohlen. In der Nacht zum 9. d. Mts. ist dem Arbeiter Spindler, Leibauer Straße, aus dem Garten ein grüngerüsteter Handleitwagen, 3 Ztr. Tragkraft, Reifeln mit Draht angebunden, gestohlen worden. Den Umständen nach kommen nur mit den Verleumdungen bekannte Täter aus Wilsdruff in Frage. Die Tat ist um so verwerflicher, da Sp. arbeitslos ist und einen Wagen sich nicht wieder anschaffen kann.

Einseitige Änderungen bei der Zahlung der Fernspreckgebühren. Die Reichspostverwaltung hat die Fernspreckgebühren bisher nachträglich erhoben. Bei der sprunghaften Geldentwertung sind dadurch erhebliche Verluste entstanden. Das Einziehungsverfahren wird daher für die vom 1. November an entstehenden Fernspreckgebühren folgendermaßen geändert: 1. Die Gebühren werden auf den Gebührenzetteln in Grundbeträgen aufgeführt. 2. Umgerechnet in Papiermark wird nach der Schlüsselsatz, die am Tage der Zahlung gilt. 3. Abschlagszahlungen bis zur Höhe der im laufenden Monat fällig werdenden Gebühren sind zulässig. Sie werden den Teilnehmern wertbeständig gutgeschrieben. Sobald die aufgelaufenen Gebühren einen Grundbetrag von 10 Mark erreicht haben, erhält der Teilnehmer eine Zahlungsaufforderung. In diesem Falle muß die Schuld sogleich beglichen werden. Ist der Betrag nicht binnen einer Woche nach Absendung der Aufforderung eingegangen, so wird der Anschluß ohne weitere Warnung gesperrt. Die Sperrkosten betragen 5 Mark (Grundbetrag). 4. Der Teilnehmer kann den Betrag entrichten: entweder durch Vorzahlung am Schalter einer Postanstalt am Orte seiner Vermittlungsstelle oder einer sonst dafür zugelassenen Postanstalt, ferner — bei Teilnehmern im Landjustizbezirk — durch Übergabe des Betrages an den Landjustizbeamten zur Ablieferung bei seiner Postanstalt, oder durch Überweisung auf das Postsparkonto der Vermittlungsstelle. Als Tag der Zahlung gilt im letzten Falle der Tag der Lastschrift. Das Verfahren, wonach die Fernspreckgebühren ohne ledesmäßige Veranlassung des Teilnehmers von seinem

Dollar: 9. Nov.: 628425000000 — 631575000 000

„ 10 Nov.:

1 Goldmark: = 150000000000 Papiermark

Kontokorrento abgedruckt werden, wird aufgehoben. 5. Bei Postüberweisung muß der Teilnehmer auf dem Abschnitt unbedingt Amt und Nummer seines Anschlusses angeben. Unterläßt er dies, so hat er keinen Anspruch auf rechtzeitige Anrechnung des Betrages auf seine Gebührenschuld. 6. Nach Monatschluß erhält der Teilnehmer Abrechnung. Restzahlungen oder Restschuld wird auf den nächsten Monat übertragen.

Der Goldmarken-Gesetzentwurf. Ueber diesen Gesetzentwurf wird dem „Lokal-Anzeiger“ folgendes mitgeteilt: Die geplante Neuregelung stellt sich dar als eine der Maßnahmen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes entscheidend in die Wirtschaft eingreifen sollen. Unter Aufhebung des Reichsmietengesetzes soll eine Verordnung mit Wirkung bereits vom 1. Dezember 1923 in Kraft treten, die etwa folgende Neuregelung der Mietzinsbildung vorsieht: Zugrunde gelegt werden soll die Friedensmiete, und zwar für Dezember zunächst 20 v. H., also ein Fünftel der Friedensmiete. Diese Grundmietzins soll sich, wahrscheinlich von Monat zu Monat, um je 10 v. H. erhöhen, so daß spätestens binnen Jahresfrist die 100prozentige Friedensmiete erreicht wäre. Die monatliche Friedensmietegrundzahl soll jedesmal mit der Reichsindexziffer multipliziert werden. Das Produkt soll dann die Gesamtmietmiete darstellen, so daß alle ändern durch das Reichsmietengesetz geschlossenen Pachtverträge fortfallen würden. Von der so errechneten Miete oder soll der Hausbesitzer nur anfangs 20 bis schließlich 40 v. H. erhalten; den größeren Rest, den Löwenanteil von 60 bis 80 v. H. des Aufkommens, will das Reich beanspruchen. Zur Sicherung dieses Reichsanspruchs soll eine allen ändern Belastungen vorangehende Grundschuld eingetragen werden. Ein Verbot der Hypothekenaufwertung steht mit dieser Maßnahme im Zusammenhang. Die Verwaltung der dem Reich vorbehaltenen 60 bis 80 v. H. der Mieten soll nicht dem Reichsarbeitsminister, auch nicht dem Wohlfahrtsminister übertragen werden, sondern vielmehr dem Reichsfinanzminister. Daraus glaubt man schließen zu müssen, daß der „Entwurf über Neuregelung der Mietzinsbildung“ mit seiner angeblichen Zweckbestimmung „Förderung des Wohnungsbaues“ andere Zwecke bemäht.

Aus der Landeshauptstadt.

Dresden, 10. November.

Warnung vor den Goldmarkhändlern! Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt folgendes mit: Es ist beobachtet worden, daß Lohnempfänger, die mit Goldmark entlohnt worden sind, dieses Geld an Personen, die einen höheren Preis als den Tageskurs bieten, abgegeben haben. Das Polizeipräsidium warnt Lohn- und Gehaltsempfänger, auf solche Angebote einzugehen und die Verkäufer dieses Geldes nur zu Spekulationszwecken benutzen und damit die Gefährdung der deutschen Wirtschaft verhindern. Sie gefährden den realen Handel, indem sie die Mittel zum Einkauf von Waren dem Verkäufer entziehen und beinträchtigen damit zugleich die Lebensmittelversorgung.

Zur Behebung des Mangels an Zahlungsmitteln hat sich die Oberpostdirektion Dresden genötigt gesehen, Gutscheine in fünf verschiedenen Werten, und zwar zu 20, 50, 100, 200 und 500 Milliarden Mark in den Verkehr zu bringen. Eine genauere Beschreibung der Scheine kann bei jedem Postamt des Bezirkes eingeholt werden. Die Gutscheine werden bis zum 15. Dezember d. Js. durch alle Postanstalten des Bezirkes eingelöst; ein besonderer Aufruf zur Einlösung erfolgt nicht.

Gefälschtes Notgeld der Reichsbahn. Es sind Notgeldscheine der Reichsbahn mit gefälschtem Ueberdruck im Umlauf, z. B. fünf Millionen Scheine mit schwarzem Ueberdruck „hundert Milliarden Mark“. Vor Annahme solcher gefälschter Scheine wird gewarnt. Ueberdruckte Notgeldscheine sind von der Reichsbahn nicht herausgegeben worden.

Aus dem Freistaat Sachsen.

Bauhen. Weil das Geld nicht reichte, mußten auf dem Bahnhof in Rechwitz bei Bauhen am Sonnabend früh zahlreiche Landleute aus der Umgebung umkehren, die mit der Bahn zum Jahrmarkt nach Bauhen fahren wollten. Auf sie war Grund des Goldmarktarbes errechneten Milliardenjahrespreise waren sie nicht vorbereitet. Das Vorkommnis ist ein erneuter Beweis dafür, daß man sich unter Umständen großen Enttäuschungen und persönlichen Nachteilen aussetzen kann, wenn man in dieser überaus bewegten Zeit, in der eine Teuerungszahl die andere folgt, keine Zeitung liest und sich damit selbst jeder Möglichkeit beraubt, sich über das Allernotwendigste zu unterrichten.

Chemnitz. Speisung hungernder Kinder durch die Reichswehr. Die Angehörigen der 5. Batterie des 4. Artillerie-Regiments verzichteten am Sonnabend freiwillig auf einen großen Teil ihrer Verpflegung und speisten damit etwa 100 hungernde Kinder. Um die Speisung weiter fortführen zu können, wurde rasch ein Hilfswerk organisiert und Bürger der nächsten Umgebung lieferten zahlreiche Spenden, die es ermöglichen werden, daß zunächst auf mehrere Tage für etwa 100 Kinder und erwerbsunfähige Alte täglich ein ganzer Kessel kräftiges Essen ausgegeben werden kann.

Leipzig. Wer sind die Goldmark-Häner? Die „L. N. N.“ schreiben: Noch sind keine acht Tage verfloßen, seit die lang-ersehnte Geburtsstunde der „Goldmark“ schlug, und schon sieben Verräter und Schmarotzer an ihrer Biersche, um sie auf denselben Lebens- und Todesweg zu drängen, auf dem die deutsche Papiermark ihr jämmerliches Ende fand. Diefelben Elemente, die das Vertrauen zur Papiermark erschütterten und mit Bucher und Banknotenhandlung das deutsche Wirtschaftsleben bis zum Zusammenbruch untergruben, dieselben Parasiten am Volkspfer stürzen sich nun auf die Goldmark, um ihren eigenen Vorteil herauszubolen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die rheinische Goldnotenbank.

Der Plan einer rheinischen Goldnotenbank ist vom rheinischen Provinziallandtag in Barmen gebilligt worden. Die Goldnotenbank soll gegründet werden mit einem Kapital von 100 Millionen Goldmark, wovon ein Viertel bar eingezahlt werden soll. Die Aktien lauten auf den Namen, Träger des Unternehmens sollen sein die Wirtschaft und die Banken des besetzten Gebietes und das Ausland, wobei die Beteiligung des Inlandes zu 55 %, die des Auslandes zu 45 % gedacht ist.

Begen die Rückkehr des früheren Kronprinzen.

Die Pariser Völkshänterkonferenz hat beschlossen, sowohl bei der holländischen wie bei der deutschen Regierung Schritte zu unternehmen, um die Aufmerksamkeit dieser Staaten auf die heftigen Folgen zu lenken, die eine Rückkehr des deutschen Kronprinzen nach Deutschland nach sich ziehen würden.

Anfrage oder Einspruch Poincarés.

Verschiedentlich wurde über einen Einspruch Poincarés gegen eine Militärdiktatur in Deutschland berichtet. Von anderer Seite wird erklärt, es handle sich um keinen offiziellen Schritt Poincarés in Berlin, sondern nur um eine Anfrage bei dem französischen Völkshänter nach der Lage. Bei der Reichsregierung ist kein solcher Schritt erfolgt.

Neueste Meldungen.

Galtung der Parteien.

Volksparteier und Deutschnationale.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei spricht ihre tiefste Empörung aus über den verwerflichen Staatsstreich in München. Sie erklärt feierlich, daß sie einzig und festhinter den verfassungsmäßigen Gewalt des Reiches steht. Jeden Versuch, die bestehende verfassungsmäßige Ordnung des Reiches weiterhin gewaltsam zu stören, weist sie mit Entschiedenheit zurück. Sie erwartet von allen Parteifreunden, daß sie ausnahmslos mit ihren vereinten Vereinen im Reichstage entschlossen sind, alles einzusetzen für die Einheit des Reiches und die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände.“

Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Vorgänge in Bayern haben unseren wiederholten dringenden Warnungen Recht gegeben, daß das Hinführen der Regierungskrise und das längere Verbleiben der Regierung Stresemann, die von weitesten nationalen Kreisen abgelehnt wird, zu unheilvollen Explosionen führen werden. Nur durch Bildung einer Regierung, die das Vertrauen der nationalen Kräfte im ganzen Reichsgebiet besitzt, kann weiteres Unglück verhütet und wirklicher Reichsfriede wiederhergestellt werden. Die unverzügliche Schaffung einer Regierung des nationalen Vertrauens ist daher das dringendste Gebot der Stunde.“

Keine Sanktionen gegen Deutschland.

Berlin, 9. November. Die verbreitete Nachricht von einem Ultimatum Poincarés wegen der Militärkontrolle mit Sanktionsandrohungen wird jetzt dementiert. Die Pariser Völkshänterkonferenz veröffentlicht die gefassten Beschlüsse, aus denen keinerlei Angriffstendenz herauszufinden ist.

Das wertbeständige Notgeld der Reichsbahn.

Berlin, 9. November. Die Ausgabe des angeforderten wertbeständigen Notgeldes der deutschen Reichsbahn in Gestalt von wertbeständigen Anteilsscheinen der Schatzanweisungen des Deutschen Reiches (Goldanteile) hat heute begonnen. Die Stückelung beträgt 0,42 Goldmark gleich $\frac{1}{2}$ Dollar, 1,05 Goldmark gleich $\frac{1}{4}$ Dollar, 2,10 Goldmark gleich $\frac{1}{2}$ Dollar.

Der Putsch in Bayern ein Werk von Landfremden.

Berlin, 9. November. In maßgebenden Berliner Regierungskreisen legt man den größten Wert auf die Feststellung, daß die Vorgänge in Bayern nicht von offiziellen bayrischen Regierungskreisen ausgehen und daß das gesamte bayrische Volk von dem Putsch nichts wissen will. Es müsse beachtet werden, daß die Führer des Putsches der Kreuze Ludendorff und der Österreicher Hitler seien.

Treuegelöbnis der ostpreussischen Reichswehr.

Königsberg, 9. November. Aus dem Wehrkreis I wird mitgeteilt: Gelegentlich einer Ansprache ist erneut festgelegt, daß Militärbefehlshaber und Oberpräsident treu zum Reiche stehen und daß die ostpreussische Reichswehr unbedingt den Befehlen ihres obersten Führers General v. Seede Folge leistet.

Die Sonderbündler in der Pfalz.

Frankfurt a. M., 9. November. Nach einem Telegramm aus der Pfalz hat es der Führer der separatistischen Gruppe der „Freibauern“ gewagt, den pfälzischen Reichstag für aufgelöst zu erklären. Die Ausschaltung der Kreisgemeinde ruft deswegen große Erbitterung hervor, weil sie in der Sicherung der Ernährung durch finanzielle Zuschüsse und die Herausgabe und Deckung des pfälzischen Notgeldes führend beteiligt ist. Die Separatisten führen von Notendruck ohne besondere Kennzeichnung ihres Geldes weiter, natürlich für ihr Zwecke.

Der separatistische Terror.

Barmen, 9. November. Eine aus dem Aler Ausschuss erwählte Abordnung wird sich nach Koblenz begeben, um tamen der rheinischen Bevölkerung bei der Befreiung der rheinischen Territorien auf eine möglichst baldige Befreiung des separatistischen Terrors zu dringen. Bei dieser Gelegenheit soll allgemein um Abhilfe der bestehenden wirtschaftlichen Lähmung auf allen Gebieten mit aller Dringlichkeit nachgesucht werden.

Streit-Ende auf der Ifelder Hütte.

Braunschweig, 9. November. In Hannover haben die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Betriebes der Ifelder Hütte und bei den Weimer Walzwerken begonnen. Der Betrieb wird vorläufig nur in beschränktem Maße wieder aufgenommen werden können, so daß ein Teil der Arbeiter nicht wieder eingestellt werden kann. Die Abstimmung über den Streit hat die erforderliche Mehrheit für den Streit nicht ergeben. Der Streit ist von der Arbeiterschaft also formell abgelehnt.

Eindruck in Paris.

Paris, 9. November. Die Nachrichten von dem Putsch in München haben große Sensation hervorgerufen. Es sind zahlreiche Gerüchte im Umlauf, die sich nicht kontrollieren lassen. Es wird von einer teilweisen Mobilisation der französischen Armee gesprochen. Ein außerordentlicher Ministerrat ist einberufen.

Französische Drohungen mit einer Besetzung Bayerns!

Paris, 8. Nov. Ein Pariser Blatt gibt das Gerücht wieder, daß in Paris politschen Kreisen Verhandlungen „von nicht unwahrscheinlichem Charakter“ umgingen über Vorbereitungen zur eventuellen Besetzung Bayerns durch Frankreich.